

Aziz Fooladvand

—

**Mohammad Mossadegh
interkulturell gelesen**

Interkulturelle Bibliothek

INTERKULTURELLE BIBLIOTHEK

Herausgegeben von

Hamid Reza Yousefi, Klaus Fischer,
Ram Adhar Mall, Jan D. Reinhardt und Ina Braun

Band 96

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Constantin von Barloewen
Prof. Dr. Claudia Bickmann
Prof. Dr. Horst Dräger
PD. Dr. Mir A. Ferdowsi
Prof. Dr. Hans-Jürgen Findeis
Prof. Dr. Richard Friedli
Prof. Dr. Raúl Fornet-Betancourt
Prof. Dr. Wolfgang Gantke
Prof. Dipl.-Ing. Peter Gerdson
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Kimmerle
Prof. Dr. Wolfgang Klooß
Prof. Dr. Peter Kühn
Dr. habil. Jürgen Maes
Prof. Dr. Karl-Wilhelm Merks
Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas
Prof. Dr. Alois Wierlacher

**Mohammad Mossadegh
interkulturell gelesen**

von
Aziz Fooladvand

Traugott Bautz
Nordhausen 2005

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in Der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

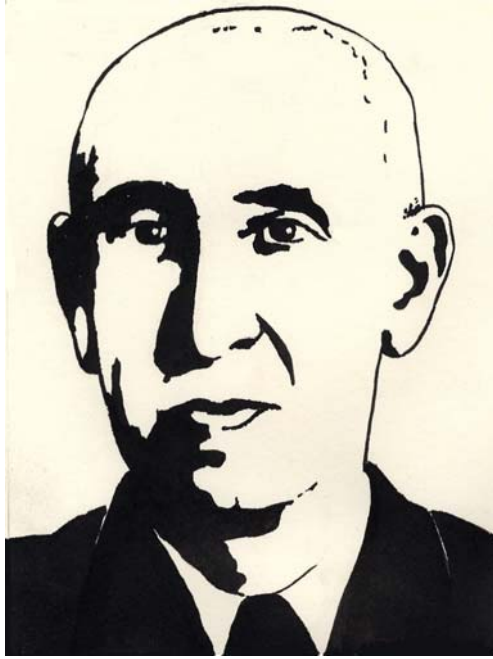
Zeichnung von Birgit Hill
Umschlagsentwurf von Susanne Nakaten und Ina Braun

Verlag Traugott Bautz GmbH
99734 Nordhausen 2005

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig
und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany
ISBN 3-88309-238-X
www.bautz.de
www.bautz.de/interkulturell.shtml



MOHAMMAD MOSSADEGH

Inhaltsübersicht

Einleitung	9
1. Die Revolution von 1905-1911	17
2. Mossadeghs früher Kampf gegen Reza Schah	29
3. Mossadegh gegen Mohammad Reza Schah.....	50
4. Besetzung des Iran im Zweiten Weltkrieg.....	59
5. Mossadegh und die Verstaatlichung des Erdöls	80
6. Regierungsprogramm Mossadeghs.....	91
7. Das Ende Mossadeghs	95
8. Mossadeghs Sturz.....	100
9. Souverän und Volkssouveränität	109
10. Politische Philosophie Mossadeghs	114
Der Autor und das Buch	133

Einleitung

Der Krieg gegen den Irak ist zu einem klaren Beispiel für den Einfluß des Militärkomplexes auf die Außenpolitik der USA geworden, vor dem Präsident Dwight Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961 so eingehend warnte. Zwischen Militär und Politik besteht ein engverwobenes Beziehungsgeflecht.

Die Welt ist in neuartiger Form über Krieg und Frieden zerstritten. Es wächst ein Gefühl globaler Unsicherheit. Die Mehrheit der Amerikaner empfand die Terroranschläge vom 11. September als Kriegserklärung. Den Schock tödlicher Verletzbarkeit nutzten neoliberale Ideologen, um ihr Weltbild zu verwirklichen. Die Bush-Doktrin ergänzt die altgedienten Prinzipien der Eindämmung und Abschreckung durch das einseitig in Anspruch genommene Recht auf Präventivkrieg gegen Diktatoren mit Massenvernichtungswaffen und terroristische Netzwerke. Damit beschädigt sie den bisherigen Kern des Völkerrechts: das Kriegsverbot nach Art. 2 der UN-Charta.

Der verheerende Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 löste jenen mit Hybris geführten Diskurs aus, der auf dem obsolet gewordenen Klischee basiert, daß der ›Okzident‹ dem vermeintlich irrationalen und meist terroristisch agierenden Orient überlegen sei. So trug der italienische Ministerpräsident Berlusconi vor: »Wir müssen uns der Überlegenheit unserer Zivilisation [...], eines Wertesystems bewußt sein, das allen Ländern, die sich zu ihm bekannt haben, eine breite Wohlfahrt gebracht hat, und die den Respekt vor den Menschenrechten und vor der Religionsfreiheit garantiert. Diesen Respekt gibt es mit Sicherheit nicht in den islamischen Ländern.« Diese Äußerung veranlaßte den iranischen Journalisten und Schriftsteller Bahman Nirumand, uns die folgenden Tatsachen vor Augen zu führen:

»Der Ministerpräsident hat die Worte nicht erfinden müssen. Seine Vorfahren in Italien und Deutschland sind vor nicht allzu langer Zeit derselben Idee von einer erhabenen Rasse ge-

folgt und haben die ganze Welt mit ihrer Zivilisation beglückt. Diese Arroganz ist ekelhaft und widerlich. Wer will es leugnen, daß der Westen Wunderbares hervorgebracht hat, in den Wissenschaften, den Künsten, der Literatur, der Philosophie, der Technik.

Demokratie und Menschenrechte sind eine Errungenschaft des Westens. Aber gerade diese Errungenschaften werden oft aufgegeben, sobald man die Grenzen des Abendlands verläßt. Lassen wir die Zeit des Kolonialismus beiseite, werfen wir nur einen Blick auf das soeben vergangene Jahrhundert. Ich bin kein Glaubensfanatiker und weiß wohl, welche Verbrechen im Namen des Islam begangen wurden und werden. Aber es waren nicht die Muslime, es war die zivilisierte Welt, die sechs Millionen Juden vergast und verbrannt, Millionen Vietnamesen mit Napalm verstümmelt und verseucht hat. Es war die zivilisierte Welt, die in Chile geputscht und Zehntausende in den Tod geschickt, in Algerien Massenmorde durchgeführt und in Südafrika den Einheimischen das System der Apartheid aufgezwungen hat. Es war die zivilisierte Welt, die in nahezu sämtlichen Entwicklungsländern Diktaturen errichtet und sie mit Waffen versorgt hat. Die Flüchtlingslager Sabra und Shatila sind nicht das Werk der Muslime. Es ist doch bekannt, daß Saddam Hussein, die Taliban und ähnliche Verbrecher Zöglinge des Westens waren. Selbst der Terrorist Bin Laden war ein Schützling des CIA.

Waren es Muslime, die die Natur zerstört, die Umwelt verseucht haben? Zeugen diese Taten von Humanität, von geistiger, moralischer Erhabenheit, von Zivilisiertheit? Wenn man bedenkt, daß in Afrika Tag für Tag mehr Menschen an AIDS sterben als bei den Anschlägen in New York und Washington, wenn man sich vor Augen führt, wie viele Kinder und Erwachsene Armut, Hunger und Seuchenkrankheiten zum Opfer fallen, wenn man weiß, daß unzählige Menschen in den Entwicklungsländern ihre gesunden Organe gegen ein Handgeld an reiche Europäer und Amerikaner verkaufen, um ihr Dasein fristen zu können, dann sollte es erlaubt sein, die Begriffe Zivi-

lisation und Barbarei noch einmal anhand der Tatsachen unter die Lupe zu nehmen.«¹

Selbst der US-amerikanische Politologe Samuel P. Huntington, der von einem ›Kampf der Kulturen‹ ausgeht, bestätigt die Kritik Nirumands: »Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder der Werte oder seiner Religion, sondern vielmehr durch seine Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. Die Westler vergessen oftmals diese Tatsache; die Nichtwestler vergessen sie niemals.«²

Seit dem Amtsantritt von George Bush sen. hat die amerikanische Außenpolitik die Etablierung einer ›neuen Weltordnung‹ zur obersten Priorität erklärt. »Ziel dieses Projektes ist es, sich aus allen kooperativen, multilateralen Zusammenhängen der internationalen Politik, die amerikanischen Interessen kurzfristig zuwiderlaufen, zu lösen und sich einer konfrontativen, militärisch dominierten Strategie gegenüber globalen Problemen zuzuwenden, die als Bedrohung wahrgenommen werden.«³

Yousefi kritisiert diese Haltung mit interkulturell-philosophischen Gedankenansätzen. Für ihn zeugt der Standpunkt des Westens von Intoleranz: »Lassen wir die europäische Geschichte Revue passieren, so zeichnet sich eine eurozentristische Historiographie und Philosophie ab. Der arabisch-asiatischen Welt wird lediglich zugestanden, die griechischen Schätze der Antike vermittelt zu haben.«⁴

¹ Zitiert, in: Friedenspolitische Korrespondenz Nr. 3/2001.

² Samuel P. Huntington: »Der Kampf der Kulturen«, München 3. Aufl., 1997, S. 68.

³ Aus dem »Friedensgutachten 2003« von Corinna Hauswedell, Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz und Bruno Schoch (Hrsg.), Münster. Es wurde gemeinsam erarbeitet von den Instituten FEST (Heidelberg), BICC (Bonn), HSEK (Frankfurt), IFSH (Hamburg) und INEF (Duisburg).

⁴ Hamid Reza Yousefi und Ram Adhar Mall: »Grundpositionen der interkulturellen Philosophie«, Nordhausen 2005, S. 23. Vgl. Yousefi

Aber was genau bedeutet dieser Terminus ›neue Weltordnung‹? Es bedeutet, daß sich die Bush-Administration die ›Demokratisierung‹ des Nahen Ostens zum erklärten Ziel setzt. Das Projekt soll die ›alte‹ Ordnung in dieser Region ablösen und neue Staatsformen konstituieren. Hier wird allerdings der Versuch unternommen, durch eine ideologische Rigidität das fatale Fiasko der amerikanischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert zu vertuschen, statt einen Akt der Versöhnung zu präsentieren und sich für die Mißstände, Verbrechen und die Zerstörung des beginnenden Demokratisierungsprozesses zu entschuldigen.⁵

US-amerikanische Administrationen haben die ›alte‹ Ordnung durch Staatsstreich, Militärputsche, Gewaltanwendung, militärische Interventionen, durch Manipulation, durch Druckmittel und durch Anwendung von undemokratischen Mitteln installiert. Sie haben die legitim gewählten demokratischen Regierungen zum Sturz gebracht, autoritäre Kultpersonen an die Macht geputscht und den tragenden Kräften der Demokratisierung einen vernichtenden Schlag zugefügt. Es ist unmöglich, die Vielzahl der Gesetzesverstöße und Verbrechen, die der CIA – und natürlich auch andere westliche Geheimdienste – auf dem Gewissen haben, zu dokumentieren.

Im Zeitraum seit 1945 führten die Vereinigten Staaten in mehr als 70 Ländern äußerst ernstzunehmende Interventionen durch. Unter anderem die folgenden: China 1945-49, Italien 1947-48, Philippinen 1945-53, Albanien 1949-53, der Iran 1953, Südkorea 1945-53, Guatemala 1953-1990, Griechenland 1947-49, Guyana, 1953-64, Vietnam, 1950-73, Kambodscha 1955-73, Nicaragua 1978-89, Grenada 1979-84, Libyen 1981-89, Irak 1990, Afghanistan 1979-92, El Salvador 1980-92, Haiti 1987-94, Jugoslawien 1999, Irak 2000, Irak 2004.⁶

und Ina Braun. »Interkulturelles Denken oder Achse des Böse. Das Islambild im christlichen Abendland«, Nordhausen 2005.

⁵ Dem Verfasser ist bewußt, daß dieser Wunsch illusionär ist.

⁶ Originalartikel: <http://www.zmag.org/ZMag/articles/blum.hatm>.

In der vorliegenden Arbeit wird erstmals der Versuch unternommen, den Demokratisierungsprozeß im Iran in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu schildern, der von dem populärsten Staatsmann Irans, Premierminister Mossadegh, getragen wurde. Der Staatsstreich fand zu einem Zeitpunkt statt, als zum einen der Kalte Krieg in vollem Gange war, zum anderen auch die iranische Gesellschaft eine Phase tiefgehender Umwälzungen durchlebte. Mossadegh stand an der Spitze der Nationalen Front, einer 1949 gegründeten politischen Organisation, die auf eine Demokratisierung des politischen Systems hinarbeitete und die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie anstrebte, die damals von der britischen Kolonialmacht kontrolliert und betrieben wurde. Parlamentarische Demokratie, Einschränkung der Macht der Krone und Verstaatlichung der Ölindustrie bewegten die iranische Öffentlichkeit. Der Nationalen Front unter der Führung von Mossadegh gelang es sehr rasch, zur wichtigsten politischen Kraft des Landes zu wachsen.

Die *New York Times* veröffentlichte am 16. April 2000 eine ausführliche Artikelserie über die Rolle des CIA beim Sturz des iranischen Premiers Mossadegh im Jahr 1953. Zwar ist seit langem bekannt, daß die britische und die amerikanische Regierung den Putsch gegen Mossadegh angezettelt hatten, doch die *Times*-Artikel liefern noch einige Einzelheiten nach. Mossadegh hatte versucht, die iranische Ölindustrie zu verstaatlichen. Die Reaktion der ›zivilisierten Welt‹: Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte Regierung mit undemokratischen Mitteln und unter Anwendung militärischer Gewalt.

Die unter der Clinton-Administration amtierende Außenministerin Madeleine Albright (1997-2001) räumte in einer Rede die Rolle der USA im Putsch von 1953 ein. Dieser sei »ein eindeutiger Rückschlag für die politische Entwicklung des Iran« gewesen. »Und man kann leicht einsehen, weshalb viele Iraner bis heute diesen Eingriff Amerikas in ihre inneren Angelegenheiten verabscheuen.« James Risen, der Autor der Artikel in der *New York Times* vom 16. April, bezeichnet den Sturz Mossadeghs als »Wendepunkt der modernen iranischen Geschichte und dauer-

hafte Störung der Beziehungen zwischen Teheran und Washington.«

Der amerikanischen Außenpolitik lag noch nie irgendeine Art von Ethik zugrunde, statt dessen wurde sie von der Notwendigkeit bestimmt, anderen Imperativen zu dienen, die für die USA ›Sicherheit‹ und ›Stabilität‹ bedeuteten. Die USA bleiben tatsächlich die größten Waffenhändler der Welt. Während des acht Jahre dauernden Iran-Irak-Krieges rüsteten die USA ihren damaligen Verbündeten (Irak unter der Führung Saddam Husseins) mit dem aus, was man nur als Massenvernichtungswaffen bezeichnen kann. Auch die Politik der USA und der CIA hat die Bemühungen der 1950er Bewegung von Mossadegh in Richtung Demokratie nachhaltig blockiert. Denn nur dadurch wurde der Sturz der aufkeimenden parlamentarischen Demokratie unter Mossadegh und die Inthronisation des Schahs möglich. Die Demokratie und der beginnende Aufbau von zivilgesellschaftlichen Institutionen wurden unterminiert. Hätte es diese systematische Zerstörung der iranischen Demokratie durch den Westen nicht gegeben, so würden heute nicht die Geistlichen den Iran beherrschen.

Die dramatischen weltpolitischen Umbrüche der letzten Jahre haben naturgemäß sehr viel Aufmerksamkeit auf das zukünftige Schicksal des Nahen Ostens gelenkt. Die Diskussionen fokussieren sich in erster Linie auf Fragen, wie der ›Demokratisierungsprozeß‹ in dieser Region eingeleitet, etabliert, das Wohlstandsgefälle zwischen Norden und Süden abgebaut und wie Armut, Arbeitslosigkeit – als Nährboden für den Fundamentalismus – bekämpft werden könnten. Das Phänomen Fundamentalismus als folgerichtige Begleiterscheinung der gescheiterten westlichen Modernisierungstheorien der 60er Jahre in den Ländern des Nahen Ostens löste diesen politischen Diskurs aus.

Hippler stellt fest, daß die Politik des Westens immer von der ›Mehring des eigenen Nutzens‹ abhängig war. Es handelte sich historisch gesehen »um die wirtschaftlichen, politischen, strategischen, sogar ideologischen Interessen. Exportmärkte, Zugang

zu Rohstoffen, die Ausschaltung lästiger Konkurrenz, Militärstützpunkte, Siedlungsgebiete für ›überschüssige‹ eigene Bevölkerung, die Sicherung von Seehandelsrouten.«⁷ Diese und weitere Faktoren haben die Politiken des Nordens gegenüber dem Süden geprägt. Kolonialismus und indirektere Formen imperialer Kontrolle wären ohne handfeste Interessen kaum sonderlich interessant gewesen.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Untersuchung der Korrelation zwischen zunehmendem Anti-Amerikanismus in der Region und dem planmäßigen, von Seiten des CIA im Jahre 1953 durchgeführten Staatsstreich gegen den populärsten demokratisch gesinnten iranischen Premierminister, Mossadegh. Mossadegh war bemüht, Werte wie parlamentarische Demokratie, Konstitutionalismus und Säkularismus, angepaßt an die spezifischen Gegebenheiten des Iran, einzuführen und zu etablieren. Dieses anspruchsvolle und den Weltfrieden garantierende Projekt wurde von der ›Freien Welt‹ im Keime erstickt: Das Resultat in der Region ist vor unseren Augen.

Die »strukturelle Heterogenität«, »Sektoralisierung« und »Marginalisierung« (Dieter Senghaas), installiert durch strukturelle Gewalt, sind die soziologischen Ursachen des religiösen Fundamentalismus als »Aufstand gegen die Moderne« (Thomas Meyer). In dieser Arbeit wird der Realitätsgehalt der Selbstdarstellung des Westens bezüglich der Einführung und der Etablierung der Demokratie am Beispiel Mossadegh untersucht.

Im ersten Teil setzt sich die Arbeit mit der Geschichte des iranischen Konstitutionalismus ›Mashrutiyat‹, dem politischen Werdegang Mossadeghs und dem Sturz seiner Regierung durch den Staatsstreich im August 1953 auseinander. Der zweite Teil macht sich die Untersuchung der geistigen Wurzeln Mossadeghs und des politischen Konzeptes anhand der Überset-

⁷ Die Demokratisierung der Dritten Welt nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Jochen Hippler (Hrsg.), Demokratisierung der Machtlosigkeit - Politische Herrschaft in der Dritten Welt konkret, Hamburg 1994, S. 11-45.

zung seiner Parlamentsreden⁸ zur Aufgabe, wobei Mossadeghs politische Philosophie mit der liberalen demokratischen Tradition Europas verglichen wird und die Schnittpunkte beleuchtet werden. Der Autor vertritt die Meinung, daß die politische Philosophie John Lockes in europäischen Ländern Anwendung gefunden hat, indessen wurde dem Iran die politische Konzeption Hobbes'scher Prägung durch strukturelle Gewalt aufoktroziert.

Ich möchte abschließend all denjenigen danken, die mir durch wertvolle Diskussionsbeiträge geholfen haben oder die Entstehung der Arbeit mit kritischen Kommentaren und Korrekturen begleitet haben. Mein Dank gilt insbesondere Franziska Buch, Cordula Echterhoff, Hans D. Vossen und Hamid Reza Yousefi.

Aziz Foolandvand
Köln, im August 2005

⁸ Alle Übersetzungen der Parlamentsreden Mossadeghs sowie Zitate aus den persischen Quellen, die in der Arbeit referiert werden, stammen vom Autor.